

Referat SVP Kantonalparteitag 29.10.2014

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen der GL begrüsse ich sie herzlich zum heutigen Kantonalparteitag hier im schönen Frikthal in Eiken.

Herzlichen Dank Herr Gemeindeammann und Ortsparteipräsident Peter Balzer für die freundliche Begrüssung.

Die musikalische Umrahmung des Musikvereins hat uns alle hoch erfreut, besten Dank!

Vielen Dank für das Gastrecht in Ihrer schönen Gemeinde.

Habt ihr die Forderung von der Waadtländerin SP-Nationalrätin Ada Marra am Montag auch gelesen:

Sie will, dass der Islam als Schweizer Religion anerkannt wird und dass der Bund alle Religionen, die in der Schweiz praktiziert werden, finanziert - auch den Islam und Hinduismus.

Enthauptungen vor den Augen der Weltöffentlichkeit, Verfolgung von nicht muslimischen Minderheiten und Weltherrschafts-Fantasien: Die Terroristen des Islamischen Staats (IS) beherrschen die Schlagzeilen nur negativ. Und Frau Marra will solches noch unterstützen.

Nationalräte, welche angesichts dieser Tatsachen solche Forderungen stellen, müssten eigentlich bevormundet und sofort abgesetzt werden können.

Es zeigt sich immer mehr, dass die Forderungen von links her grotesker und dümmel werden.

Es gibt bei uns andere Dinge zu finanzieren als Religionen, die gegen fundamentale Prinzipien unseres Staates verstossen, wie der Islam.

In der Schweiz leben heute über 400'000 Angehörige des muslimischen Glaubens. Selbstverständlich sympathisieren nicht alle mit dem islamistisch-extremen Gedankengut.

Doch die muslimischen Zuwanderer stammen oft aus Ländern, in denen keine demokratische Rechtsordnung herrscht.

Sie bringen Vorstellungen über Recht und Ordnung mit, die mit unserem Rechtssystem und unseren demokratischen Spielregeln nicht vereinbar sind. Radikalisierungstendenzen sind dabei ein grosses Problem.

Es gibt auch bei uns Personen und Gruppen, die mit dem radikalen Islam sympathisieren.

Genau wie wir uns als Gäste in islamischen Staaten den dortigen Regeln anpassen, müssen wir hier konsequent auf die Einhaltung unseres Rechts bestehen. Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtssystem können nicht geduldet werden.

Unsere freiheitliche Rechtsordnung darf sich unter keinen Umständen der Scharia beugen; unsere Gerichte dürfen einen islamischen «Kulturhintergrund» keinesfalls zur Strafmilderung akzeptieren.

Die Duldung von Praktiken wie Zwangsheirat, «Ehrenmorden», Blutrache, weiblicher Genitalbeschneidung, Eheschliessung mit Minderjährigen oder Vielehen ist hierzulande absolut inakzeptabel.

Unser Rechtsstaat hat die Pflicht, die integrale Achtung unserer Rechtsordnung auch bei Einwanderern einzufordern und die Gewährung jeglicher Konzession zu vermeiden.

Mail von einer besorgten Bürgerin im Bezirk Aarau. Sie dankt uns, dass wir uns im Asylbereich konstruktiv eingeben.

Passagen:

Am letzten Samstag war ich in Aarburg in einem Asylzentrum eingeladen.

Dabei kam deutlich zum Ausdruck, welches Chaos wir in diesem Bereich haben.

Das schlecht geführte Asylwesen und die hohe Attraktivität der Schweiz für Scheinflüchtlinge haben dazu geführt, dass die Asylgesuche in den letzten Jahren massiv zugenommen haben. Die Schweiz gehört **weltweit** zu den Ländern mit den meisten Gesuchen pro Einwohner.

Diese verfehlten Asylpolitik mit den explodierenden Kosten und der immer höheren Kriminalität und den enormen Unterbringungsproblemen müssen wir schleunigst lösen. Der Kanton verwaltet das Asylproblem nur noch, wie suchen von Wohnungen etc.

Die Schweiz hat seit je Menschen aufgenommen, die in ihrer Heimat verfolgt und an Leib und Leben bedroht waren. Unsere humanitäre Tradition ist älter als jede internationale Flüchtlings- oder Menschenrechtskonvention.

Doch eine humanitäre Tradition zu haben und diese auch weiterführen zu wollen heisst nicht, sich an der Nase herumführen zu lassen.

Immer mehr Menschen kommen ohne Visum oder Aufenthaltsbewilligung in die Schweiz und versuchen, über den Asylweg hierbleiben zu können und von A bis Z vom Staat und somit vom Schweizer Steuerzahler zu leben. So geht es nicht.

Die Lösung der Probleme im Asylwesen steht und fällt mit dem Vollzug, das heisst, mit der Wegweisung abgewiesener Asylsuchender.

Personen mit abgelehntem Asylgesuch müssen möglichst rasch in ihre Heimat zurückgeschickt werden.

In der Zeit vor der Wegweisung sollen diese Personen nur noch Nothilfe in Form von Naturalien erhalten.

Wer sich der Rückweisung widersetzt, ist mit Zwang auszuschiefen. Die bürokratischen und administrativen Vorgaben für die Ausweisung müssen gesenkt werden, und mit möglichst vielen Staaten sollten Rückübernahmeabkommen abgeschlossen werden. Staaten, die ihre von der Schweiz ausgewiesenen Bürger nicht zurücknehmen, sollten keine Entwicklungshilfe mehr erhalten.

Die Probleme, welche durch die Asylpolitik entstehen, setzen vielen Gemeinden stark zu.

Bezüglich der Gemeinde Aarburg möchte ich Ihnen ein paar Zahlen aufzeigen.

Diese wunderschöne Gemeinde an der Aare hat den höchsten Sozialkostenanteil pro Einwohner im Aargau, einen Ausländeranteil von 42% und einer der höchsten Steuersätze im Aargau.

Zurzeit leben in Aarburg 130 ehemalige Asylbewerber, praktisch alles Eriträer. Davon sind 92% in der Sozialhilfe. Für die Hälfte davon bezahlt die Gemeinde bereits die Sozialhilfe, die restlichen 50 % folgen bis 2018. Letztlich kostet dies die Gemeinde jährlich 1.2 Millionen Franken.

Ich weiss nicht, wie viele Steuerprozente dies ausmacht.

Frau Gemeinderätin Martina Bircher ist heute auch da, die muss dann das irgendwie lösen...

Mit dem ist es aber in Aarburg noch nicht genug.

RR Susanne Hochuli will Aarburg nun noch 130 Asylbewerber aufzwingen, dies ohne Absprache mit dem GR.

Viele davon sind bereits in neu eingerichteten Wohnungen eingezogen. In diesen Wohnungen wären normalerweise Personen, welche der Gemeinde Steuern zahlen würden, diese Einnahmen gehen nun natürlich auch verloren. Es ist ein Teufelskreis!

Die aufgezeigten ausufernden Sozialkosten müssen wir auch im Zusammenhang mit unserer verfehlten Asylpolitik sehen. Die mittel- und langfristigen Auswirkungen sind katastrophal für die Gemeinden.

So treibt man diese in den Ruin und die eigene kantonale Regierung nimmt es in Kauf, dass Gemeinden vor die Hunde gehen.

Ich habe deshalb den Regierungsrat mittels eines Postulats beauftragt zu prüfen, wie im Asylbereich die direkten und indirekten Kosten auf Gemeindeebene auf ein vertretbares Mass gesenkt werden können.

Die Regierung ist nun aufgefordert rasche und wirksame Lösungen aufzuzeigen, wie die Gemeinde diesbezüglich deutlich entlastet werden können.

Zudem soll die Regierung endlich deutlichen Druck gegenüber Bern ausüben, indem sie sich zum Beispiel konsequent weigert Asylbewerber aus offensichtlich sicheren Ländern aufzunehmen (Tunesien, Serbien, Kosovo, Bosnien und möglicherweise auch Eritrea). Diese Wirtschaftsflüchtlinge sind nicht auf die Kantone zu verteilen sondern umgehend auszuweisen.

So können wir in unserem Land und Kanton endlich Platz machen für echte Flüchtlinge.

In einem Jahr sind die NR- und SR Wahlen schon entschieden. Angesichts der weitreichenden Probleme ist nötiger denn je, dass die SVP noch stärker wird.

Das Motto der Wahlen ist deshalb:

Wir wollen Werte bewahren und frei bleiben.

Diese Werte sind Unabhängigkeit und Freiheit, direkte Demokratie, Föderalismus, Neutralität und Sicherheit.

Freiheit und Sicherheit sind wegen unserer aktuellen Migrationspolitik mehr denn je gefährdet. Ich habe es eingangs schon erwähnt.

Die Zuwanderung steigt weiter an. Im Jahre 2013 waren es mit netto 89'000 Personen wieder deutlich mehr als 2012.

Wir hören es praktisch jeden Tag in den Medien, die Zahlen der Asylsuchenden steigen und gleichzeitig bereiten viele renitente Asylbewerber den Bürgerinnen und Bürger grosse Sorgen.

Die SVP hat in den vergangenen Jahren die Probleme erkannt, Lösungen dazu aufgezeigt und auch wichtige Volksabstimmungen wie z.B. die Ausschaffungsinitiative und die Masseneinwanderungsinitiative gewonnen.

Leider will der Bundesrat die entsprechenden Aufträge des Volkes nicht umsetzen. Er stellt fremdes Recht auf eine höhere Ebene als die Aufträge, welche er durch das Volk – von uns - bekommen hat.

Eine Regierung, welche nicht ihr Volk mit ihren Bedürfnissen als höchste Priorität ansieht, sollte die Konsequenzen ziehen und zurücktreten.

Eine solche Regierung ist des Volkes einer direkten Demokratie unwürdig!

Ich bin überzeugt, wenn der Bundesrat die Hierarchie der direkten Demokratie hochhalten würde, dass heisst, der Bürger kommt zuoberst, er steht also über dem BR, wären viele Initiativen gar nicht notwendig gewesen.

Sie wissen ich bin gegen die Ecopop Initiative. Diese ist für mich zu starr und zu wirtschaftshemmend.

Wir müssen die Zuwanderung wieder selber steuern können
Anders als die angenommene SVP-Masseneinwanderungsinitiative nimmt diese keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der Wirtschaft.

Leider will der Bundesrat auch dies Initiative nicht wortgetreu umsetzen. Frau BR Sommaruga scheint den Unmut und die Sorgen der Bevölkerung in Bezug auf die unkontrollierte und unbegrenzte Zuwanderung immer noch nicht verstanden zu haben. Mit ihrem Geschwätz, dass es sich bei der Ecopop-Initiative um Fremdenfeindlichkeit handle und die Schweiz ein weiteres starkes Bevölkerungswachstum gut verkraftet, wird sie weitere Leute dazu bewegen, der Ecopop Initiative zuzustimmen. Sie und weitere Vertreter im Bundesrat haben die Zeichen vom 9. Februar nach wie vor nicht erkannt.

Wenn diese Initiative angenommen wird, ist der Bundesrat der, welcher dies zu verantworten hat.

Angesichts dem Verhalten der Classe politique in Bern werden wir für NR-und SR Wahlen 2015 drei Themen ins Zentrum setzen:

1.Selbstbestimmung: Kein schleichender EU Beitritt. Allfällige erneute Abstimmungen, die eine intentionelle Anbindung an die EU beinhalten, sind mit allen Mitteln zu bekämpfen. Dazu gehört auch die geplante Volksinitiative unserer Partei „Schweizer Recht vor fremden Recht“. Diese soll die direkte Demokratie stärken, sodass künftig alle angenommenen Volksabstimmungen tatsächlich umgesetzt werden. Die Delegierten der SVP haben am letzten Samstag in Rothenthurm (SZ) einstimmig beschlossen, die Volksinitiative zu lancieren. Entscheide des Schweizer Volkes sollen somit wieder ernst genommen werden.

Der billigen Ausrede, ein gültig gefällter Volksentscheid könne wegen internationalem Recht nicht umgesetzt werden, will die SVP so einen Riegel schieben. Zu den höchsten Zielen der Eidgenossenschaft zählen die Unabhängigkeit und die Selbstbestimmung des Landes.

2. Umsetzung einer griffigen Ausländerpolitik: Die SVP verlangt die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative und die Masseneinwanderungsinitiative. Gleichzeitig fordern wir, dass das ausufernde Asylwesen in die Schranken gewiesen wird. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die konsequente Umsetzung des Dublin Abkommens.

3. Stopp der kontinuierlichen Erhöhung von Steuern, Abgaben und Gebühren:

Ich habe es an dieser Stelle schon oft gesagt.

Der Schweizer Staatshaushalt wird immer weiter aufgebläht.

Seit 1990 haben sich die Bundesausgaben verdoppelt. Viele kantonale Regierungen, die unsrige gehört leider auch dazu, sind nicht bereit wirklich zu sparen.

Trotz Sparprogramm in unserem Kanton, der sogenannten Leistungsanalyse, wachsen die Staatsausgaben immer noch!

Der Kanton Aargau verschleiert sein Defizit mit der Auflösung von der Bilanzreserven (77 Mio.) und durch höhere Steuereinnahmen. Die Reserven wären eigentlich für schwierige Zeiten reserviert gewesen – doch nun werden sie bereits bei positivem Wirtschaftswachstum verkonsumiert.

Wirksam wäre hingegen eine Ausgabenreduktion durch Effizienzgewinn und Aufgabenverzicht.

Da die Bereitschaft für das Sparen fehlt und der Staat seine enorme Grösse behalten will, hat er den Drang die Steuern, Abgaben und Gebühren zu erhöhen. Die Zeche dafür bezahlt zu einem grossen Anteil wieder der Mittelstand.

Diese Dynamik ist endlich zu brechen, denn von einem gesunden Mittelstand hängt der Wohlstand des ganzen Landes ab.

Jeder Franken der ausgegeben wird, muss zuerst erarbeitet werden.

Aus diesem Grund erneuert unsere Partei ihr Versprechen, jegliche Steuer- und Gebührenerhöhungen zu bekämpfen.

Wenn es uns gelingt diese 3 Punkte „kein schleichender EU Beitritt, Umsetzung einer griffigen Ausländerpolitik und tiefe Steuern für uns alle“ umzusetzen, bleiben wir frei und können unseren Wohlstand halten.

In diesem Sinne eröffne ich den Parteitag
Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.